



Offener Brief: 80 Jahre nach Hiroshima & Nagasaki – Sicherheit durch atomare Abrüstung!

An die Mitglieder der Arbeitsgruppe 12 „Außen und Verteidigung, Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte“ der Koalitionsverhandlungen sowie die Parteivorsitzenden von CDU/CSU und SPD

Berlin, 20. März 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Arbeit in den kommenden Tagen bereitet die Grundlage für die Politik der Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode und damit für die Zukunft Deutschlands im Kontext der europäischen und weltweiten Herausforderungen.

Als deutsche Partnerorganisationen der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) sind wir alarmiert angesichts einer gefährlichen nuklearen Rhetorik und den Gedankenspielen über eine Ausweitung der französisch-britischen Atomwaffendoktrinen auf große Teile Europas. Diese Entwicklung untergräbt jahrzehntelange Bekenntnisse zur nuklearen Abrüstung und Nichtverbreitung!

Atomwaffen werden in der aktuellen Debatte zunehmend als notwendiger Teil der Sicherheitspolitik Europas dargestellt. Wir sind jedoch überzeugt, dass nukleare Abschreckung niemals eine verantwortungsvolle oder nachhaltige Sicherheitsstrategie sein kann. Nukleare Abschreckung bedeutet in letzter Konsequenz die Bereitschaft, Massenvernichtungswaffen gegen Zivilbevölkerungen einzusetzen. Dies ist ein zynisches Verständnis von Sicherheit und eine ständige existenzielle Bedrohung für die Menschheit.

Deutschland hat sich in den letzten Jahrzehnten als Verteidiger des Völkerrechts – einschließlich des humanitären Völkerrechts – verstanden. Wir erwarten, dass die künftige Bundesregierung dies im Koalitionsvertrag verankert und konsequent fortsetzt! Gerade jetzt muss Deutschland die bestehenden internationale Normen gegen Atomwaffen stärken, anstatt sie zu untergraben – und damit ein Beispiel für die anderen europäischen Staaten und die Partner in der NATO geben.

Dazu gehören insbesondere der atomare Nichtverbreitungsvertrag (NVV) und die in Artikel 6 dieses Vertrages enthaltene völkerrechtliche Verpflichtung zu wirksamen Maßnahmen der allgemeinen und vollständigen Abrüstung! Nur wer sich ohne jeden Zweifel zum nuklearen Tabu, zur atomaren Nichtverbreitung und zu dieser Abrüstungsverpflichtung bekennt, kann glaubwürdig die gefährlichen nuklearen Machtdemonstrationen Russlands oder anderer Staaten kritisieren.

Im Jahr des 80. Gedenkens an die Tragödien von Hiroshima und Nagasaki sehen sich Deutschland und Europa mit großen geopolitischen Herausforderungen konfrontiert. Diese Situation erfordert Führung, Mut und Konsequenz. 800 europäische Städte sowie Staaten wie Malta, Österreich und Irland haben sich mit Konsequenz zum Völkerrecht und zum Ziel einer atomwaffenfreien Welt bekannt, indem sie den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen (AVV) unterstützen.

Der UN-Atomwaffenverbotsvertrag wurde inzwischen von 94 Staaten weltweit unterzeichnet. Er verbietet allen Mitgliedern Entwicklung, Besitz, Weitergabe, Stationierung, Drohung mit und Einsatz von Atomwaffen. Damit setzt er der Bedrohung der Menschheit durch Atomwaffen eine starke völkerrechtliche Norm entgegen. Außerdem sieht er erstmals internationale Programme zur Unterstützung der Millionen Menschen vor, die von Atomtests betroffen sind.

Wir sind enttäuscht, dass die Bundesregierung in diesem Jahr die Chance nicht genutzt hat, bei der Staatenkonferenz in New York den Dialog mit den AVV-Vertragsstaaten und den Betroffenen weiterzuführen. Gerade in Krisenzeiten ist es notwendig, den multilateralen Austausch über atomare Abrüstung trotz unterschiedlicher Perspektiven aufrecht zu erhalten. Wir erwarten daher von Ihnen im Koalitionsvertrag ein Bekenntnis zur konstruktiven Begleitung des AVV und zur Teilnahme an den künftigen Konferenzen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

80 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki appellieren wir an Sie, im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD Ihrer Verantwortung für Frieden und Sicherheit gerecht zu werden. Stellen Sie die Einhaltung des Völkerrechts und die Verteidigung der Menschenrechte in den Mittelpunkt! Hierzu gehört ein eindeutiges Bekenntnis der künftigen Regierungskoalition zum Ziel einer Welt ohne Atomwaffen und die Vereinbarung konsequenter Schritte auf diesem Weg.

Konkret fordern wir Sie auf:

- Unterstützen Sie jetzt **Schritte der Deeskalation und Risikobegrenzung** sowie die Entwicklung einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa, die vollständig auf Atomwaffen verzichtet!
- Setzen Sie sich für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland ein. Erteilen Sie außerdem Überlegungen zur Stationierung weiterer Atomwaffen und **jeder nuklearen Aufrüstung in Europa eine endgültige Absage!**
- Suchen Sie einen **konstruktiven Dialog mit den Mitgliedsstaaten des UN-Atomwaffenverbotsvertrages**, nehmen Sie an den künftigen AVV-Konferenzen teil und bereiten Sie einen perspektivischen Beitritt Deutschlands zum AVV vor!
- Unterstützen Sie auch weiterhin **Projekte zur Betroffenenhilfe für Überlebende von Atomwaffeneinsätzen und -tests** sowie zur entsprechenden Umweltsanierung!

Unterzeichnende Organisationen

Aktionsbündnis atomwaffenfrei.jetzt (mit mehr als 75 Trägerorganisationen)

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)

**Deutsche Sektion der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges/
Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW)**

Deutsche Sektion der Women's International League for Peace and Freedom (WILPF)

Europäisches friedenskirchliches Netzwerk Church and Peace

Frauen Netzwerk für Frieden

Friedensbüro / Komitee Friedenswoche Hannover

Friedensdorf International

Friedensmuseum Nürnberg

Friedenswerkstatt Mutlangen

Hiroshima-Bündnis Hannover

ICAN Deutschland

Internationale Koalition zur Ächtung von Uranwaffen (ICBUW) Deutschland

Internationaler Versöhnungsbund, Deutscher Zweig und Regionalgruppe Mainz

Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie

NaturFreunde Deutschlands

Netzwerk Friedenskooperative

Ohne Rüstung Leben

pax christi Deutschland

Pazifik-Netzwerk

Science4Peace